

Parlamentarischer Vorstoss

2026/6399

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Bürokratieabbau: Eine Anlaufstelle statt Behörden-Pingpong
Urheber/in:	Rolf Blatter
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Eugster, Felchlin, Jenni, Jermann, Lerch-Schneider, Schinzel
Eingereicht am:	27. August 2026
Dringlichkeit:	—

Unternehmen haben bei Vorhaben wie Umbauten, Betriebserweiterungen, Umnutzungen oder weiteren Bewilligungs- und Meldeverfahren häufig mit mehreren Behörden, Dienststellen oder Gemeinden zu tun. Für KMU ist dabei nicht immer klar, welche Stelle zuständig ist, welche Unterlagen wo einzureichen sind und wer das Verfahren tatsächlich führt.

Das führt in Konsequenz zu zusätzlichem administrativem Aufwand, Rückfragen, Doppelspurigkeiten und Verzögerungen. Das Problem liegt nicht darin, dass verschiedene Fachstellen einbezogen werden. Problematisch ist vielmehr, wenn die Koordination zwischen diesen Stellen faktisch auf das betroffene Unternehmen überwälzt wird.

Auf Bundesebene wurde dieses Anliegen bereits aufgenommen. Der Ständerat hat eine Motion überwiesen, die bei Mehrfachzuständigkeiten eine Verfahrensführung durch eine Behörde verlangt. Auch der Kanton Basel-Landschaft sollte prüfen, wie Unternehmen bei solchen Verfahren einfacher, schneller und verlässlicher durch die Verwaltung begleitet werden können.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten:

- Wie können Unternehmen im Kanton Basellandschaft bei Verfahren mit mehreren beteiligten Behörden besser entlastet werden.
 - Kann bei solchen Verfahren eine federführende Behörde benannt werden, die gegenüber dem Unternehmen als zentrale Anlaufstelle auftritt, das Verfahren koordiniert und die notwendigen Abklärungen innerhalb der Verwaltung sicherstellt.
-